



Auf Einladung der Katholischen Erwachsenenbildung und der Volkshochschule sprach Marcel Fratzscher (Mitte) über Ungleichheit.

Bild: Haas

# Das Potenzial aller nutzen

**Vortrag** Der Ökonom Marcel Fratzscher hat im Matthäus-Alber-Haus für „Inklusive Soziale Marktwirtschaft“ und mehr Bildungsausgaben geworben. *Von Michael Frammelsberger*

Wenn zur Zeit über die Zukunft gesprochen wird, dann darf ein Thema auf keinen Fall fehlen: Mit dem (nicht nur auf Twitter) allgegenwärtigen neuen US-Präsidenten Trump begann der Ökonom Marcel Fratzscher am Montagabend vor etwa 150 Zuhörern seinen Vortrag im Matthäus-Alber-Haus. „Wie kann es sein, dass 60 Millionen Menschen so einen Mann wählen?“, fragte er. Seine Theorie: Die Ungleichheit in der Gesellschaft sorgt für eine starke Polarisierung der Bevölkerung – eine Problematik, die auch in Deutschland drohe. „Es ist ein Problem für die ganze Gesellschaft, wenn sich Menschen nicht gerecht behandelt fühlen“, betont der Forscher.

Seine Überlegung untermauert Fratzscher mit vielen Statistiken. So besitzen in Deutschland die 40 Prozent der Menschen mit dem geringsten Einkommen nur 0,3 Prozent des gesamten Vermögens, also Ersparnis und Besitz wie Immobilien oder Autos. Den oberen 20 Prozent stehen hingegen 84 Prozent des Vermögens zur Verfügung. „Deutschland ist das Land mit der größten Ungleichheit in der Eurozone“, betont Fratzscher. Unter den Industrienationen sei diese nur in den USA und Großbritannien etwas höher.

Die Gründe für die Ungleichheit und die seit Jahrzehnten immer stärker auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich sieht der Ökonom nicht in der Globalisierung oder der offenen Gesellschaft. „Die prekär Beschäftigten in unserem Land arbeiten nicht bei den Daimlers, die im internationalen Wettbewerb stehen“, betont er. Problematisch sei eher der technologische Wandel, der viele Jobs wegefallen lasse und sich in den nächsten 25 Jahren noch verstärken werde. „80 Prozent der Jobs, für die man kein Abitur braucht, sind in den nächsten Jahren gefährdet“, so Fratzscher.

„Ich will nicht mehr Umverteilung, sondern mehr Chancen.“

Marcel Fratzscher, Ökonom.

Da sich der technologische Wandel nicht ändern lasse, müsse Deutschland vor allem in die Bildung investieren. Viele Menschen im Land hätten nicht die Chance sich in die Gesellschaft einzubringen, die soziale Mobilität sei gering, so der Ökonom. „Nur eins von vier Kindern hat in Deutschland ein besseres Einkommen als

seine Eltern“, sagt Fratzscher. Die Abhängigkeit von der Herkunft sei höher als in den USA.

Besonders wichtig für den späteren Erfolg sei die frühkindliche Bildung, so der Ökonom. „Die ersten sechs Jahre sind entscheidend, fehlende kognitive Fähigkeiten kann man nicht mehr aufholen.“ Gerade hier liegt Deutschland aber unter dem europäischen Durchschnitt. In den skandinavischen Ländern wird laut OECD drei Mal soviel in Kitas und andere Angebote investiert. Viele Menschen in Deutschland könnten ihr Potenzial nicht ausschöpfen, kritisiert Fratzscher. Diese fehlten auch der Wirtschaft. „Es ist im Interesse von uns allen, das zu verändern.“

Für die Zukunft schlägt Fratzscher sein Modell der „Inklusiven Sozialen Marktwirtschaft“ vor: Ein starker Sozialstaat solle für bessere Bildung sorgen und mehr Menschen mitnehmen. „Ich will nicht mehr Umverteilung, sondern mehr Chancen“, betont der Forscher. Geld könne nicht für fehlende Möglichkeiten kompensieren. Mit mehr Investitionen ins Bildungssystem müsse die Durchlässigkeit erhöht und Benachteiligten gezielt geholfen werden. Dazu gehöre auch die Qualifizierung von Geringverdienern. Zur Finanzierung müsse eine größere

Steuergerechtigkeit geschaffen werden. Außerdem würden Änderungen in der Familienpolitik benötigt, um Frauen bessere Chancen zu bieten. Dazu kritisierte Fratzscher die Altersvorsorge, bei der auch Schlechtverdiener besser gefördert werden sollten, um die Rentenkasse zu entlasten. „Deutschland steht momentan gut da, wir müssen die Überschüsse der goldenen Jahre nutzen, um die Probleme zu lösen“, erklärte der Forscher abschließend.

Nach seinem Vortrag diskutierte Fratzscher mit Andreas Bauer, Sozialdezernent des Kreises, Günter Klinger, Diakonie, und Pfarrer Paul Schobel über weitere Aspekte seiner Thesen.

## Der Referent

**Marcel Fratzscher**, 46, ist seit 2013 Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität, beides in Berlin. Zuvor war der gebürtige Bonner seit 2008 Leiter der Abteilung „Internationale wirtschaftspolitische Analysen“ bei der Europäischen Zentralbank. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung nannte Fratzscher den „Chefökonom der Bundesregierung“. Ihm wird ein großer Einfluss auf die Politik nachgesagt.

# 2017-02-13 Verteilungskampf - Die Ungleichheit steigt - und was könnte dagegen getan werden?

Reutlingen, Matthäus Alber Haus

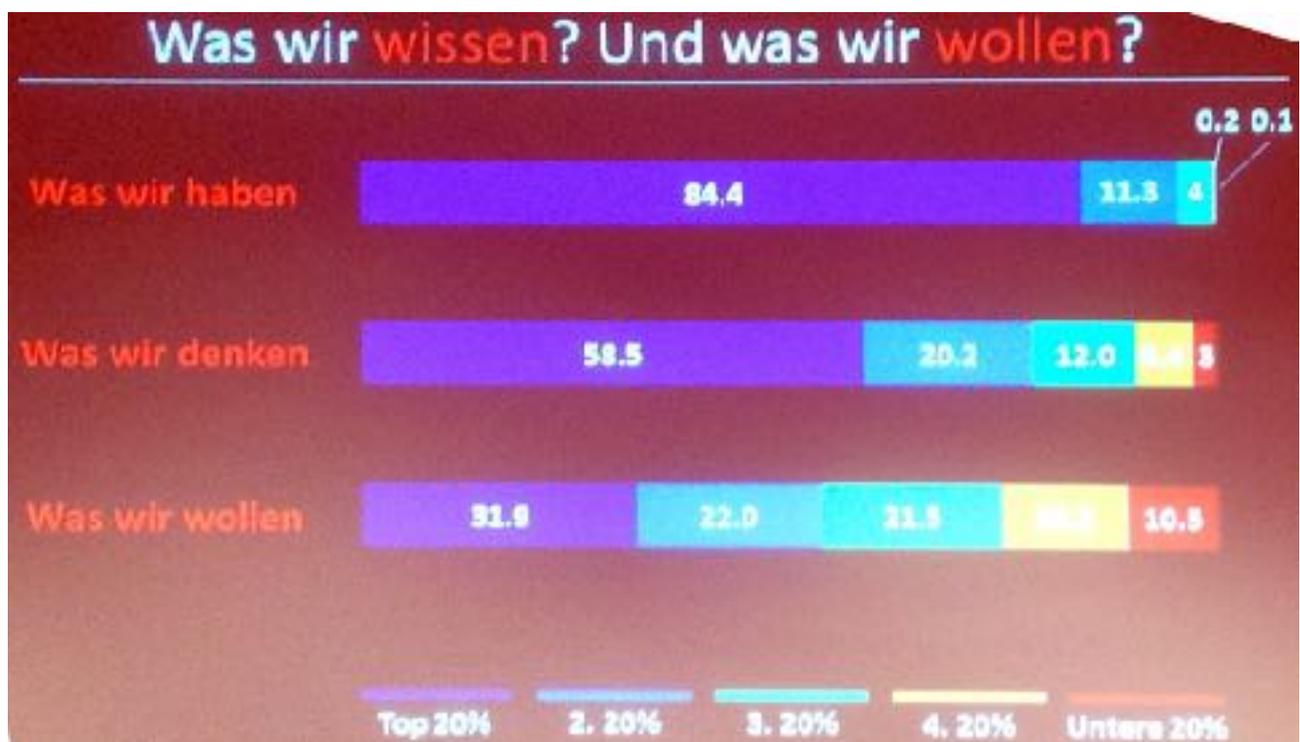
Marcel Fratzscher, DIW, Humboldt Universität

Andreas Bauer, Sozialdezernent

Günter Klingler, Diakonie

Paul Schobel, Pfarrer

Grundproblem: Chancenungleichheit - die Chancen nehmen ab  
70% der Deutschen sagen, die Ungleichheit ist zu hoch.



Ab Jahrgang 1955 gehen die Lebenseinkommen auseinander. "Wenn ich wenig verdiene, werde ich weniger verdienen als meine Eltern."

Sündenböcke: Globalisierung, offene Gesellschaft, Eliten

Ursachen: gescheiteter Gesellschaftsvertrag (Gewerkschaften, Ausgaben im Bildungsbereich unter 6 Jahren, ), technologische Wandel (the winner takes all), Institutionen (Machtverschiebung, Konzentration von Eigentumsrechten, Mangel an Anpassungsfähigkeit)

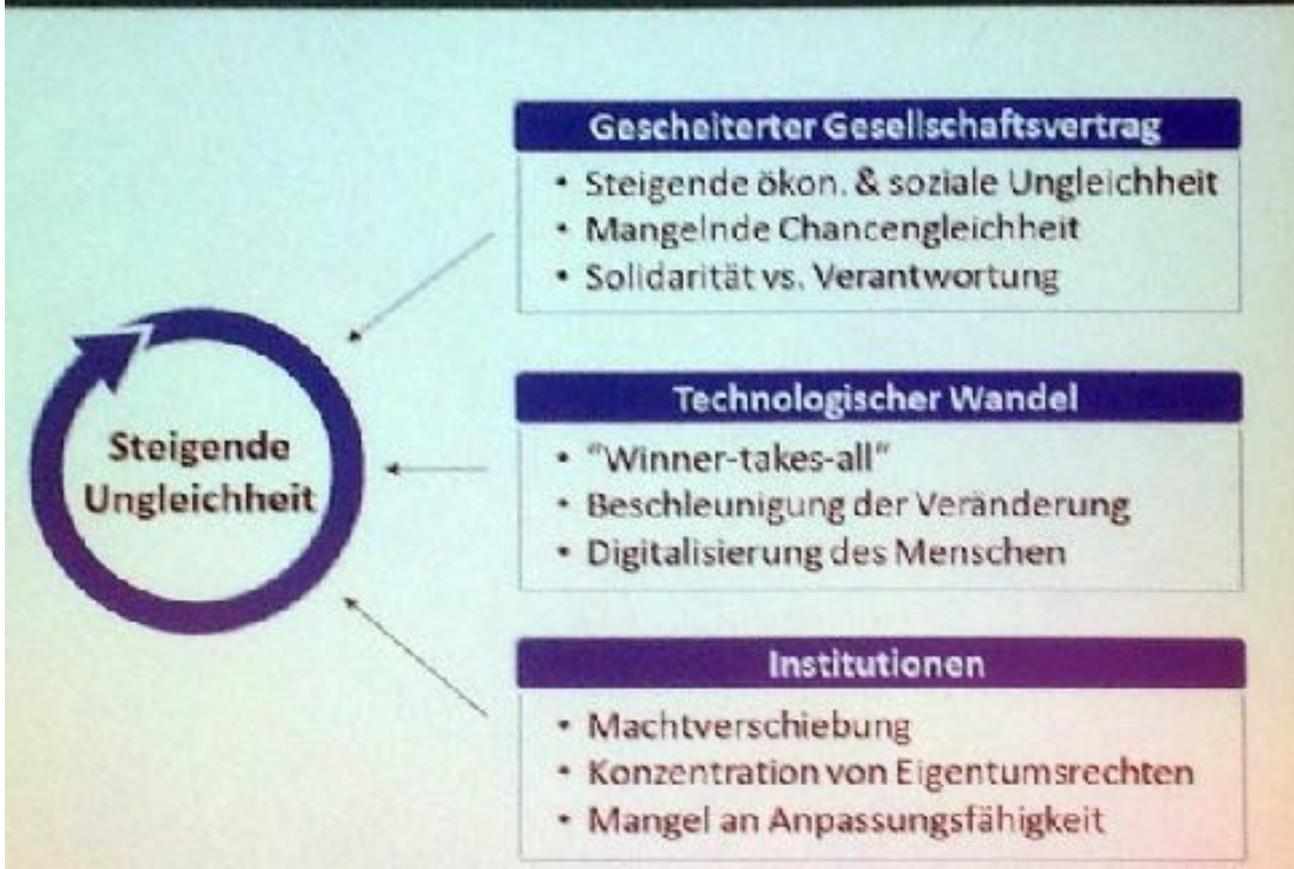
Was kann getan werden?

Technologie: offenehit für veränderungen: innovation, produktivität, investitionen, risikpbereitschaft, inklusive teilhabe

Toleranz: pluralistische demokratie: neuer gesellschaftsvertrag, solidarität und verantwortung, vielfalt

Talente: investition in die wichtigsten resoucen: bildung, chancengleichheit, menschenrechte

# Die wahren Schuldigen hinter Ungleichheit



- 1 Bildungssystem
- 2 Steuergerechtigkeit
- 3 Familienpolitik
- 4 Arbeitsmarktreformen für die Vergessenen
- 5 Vorsorge stärken und fördern

Geld (hartz 4) kann nicht für fehlende Chancen entschädigen. Mehr Steuern ist nicht die Lösung.

Rentenanwartschaft ist kein Vermögen sondern eine Versicherung.

Wir haben Gesamtwirtschaftlich goldene Jahre und sollten das nutzen.

Kita kostet was, Studium nicht - das passt nicht zusammen.

## Diskussion

Trotz Konjunktur kein Abflauen beim Jobcenter (Sozialleistungen). Länger als 12 Monate arbeitslos. 6400 Bedarfsgemeinschaften in Kreis RT, Grundsicherung Alte wächst mit 5-8% / Jahr (starke Jahrgänge, schwierige Erwerbsbiographien).

Wohlfahrtsverbände arbeiten an Chancengleichheit, müsste das nicht der Staat tun?

Grosse Tariffucht - weniger als 50% dadurch geschützt. Druck in der Arbeit nimmt zu.

Arbeit schützt nicht mehr vor Armut.

Mit H4 kann man nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben, keine Vorsorge be reiben

Wir brauchen nicht mehr Leistungen sondern weniger Menschen die darauf angewiesen sind.

60% des Volkseinkommens beteiligt sich nicht an der Finanzierung der Sozialkassen (Beamte, Selbständige).